



Prekariat – Abschiebeknast für Verlierer

**Arm, alt, arbeitslos?
Ab ins soziale Kittchen**

Wenn in einem der reichsten Länder der Erde Millionen Menschen unter prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen leiden, ist das ein Skandal, oder? Ja, und doch verschleiert diese moralisierende Formulierung das eigentliche Problem: Sie sind vor allem Opfer neoliberaler gesellschaftlicher Zustände, die der Kumpanei ökonomischer und politischer Eliten geschuldet sind.

„Wärs Du nicht reich, wär ich nicht arm“, dichtete Bert Brecht, so einfach und eindringlich ist die Wirklichkeit. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Arm sein heißt, zu den gesellschaftlichen Verlierern zu gehören, bedeutet materielle, kulturelle, soziale Verelendung, Ausschluss von Bildung und Wissen. Armut ist Ausgrenzung in einen imaginären Knast, aus dem es kein Entrinnen gibt, dessen Erbarmungslosigkeit immer mehr Menschen, die noch ganz zufrieden sind, Angst macht. Seine Mauern, die unüberwindlich sind, heißen Kinder- und Altersarmut, mangelnde Krankenversorgung sprich: akute und chronische Gesundheitsgefährdung und vergleichsweise geringe Lebenserwartung, Wohnungsnot, entwurzelte und obdachlose Opfer der Maklermafia und von legalisiertem Mietwucher.

In diese Verwanranstalt für den sozialen Abfall werden ihre Insassen mit unerbittlichen Abschlussmechanismen befördert: Langzeitarbeitslosigkeit, politisch gewollter Rentenbetrug, ungesicherte und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse wie Zeitarbeit, Werksverträge und Praktikumsverschleiß, Frühinvalidität aufgrund krankmachender Arbeitsbe-

dingungen, alleinerziehendes Muttersein als ökonomische und berufliche Perspektivlosigkeit usw.

Diese Ausgrenzungs-Maschinerie führt zur systematischen Verbannung vieler Menschen aus der gesellschaftliche Mitte in soziale Ghettos am Rand, gejagt von so obszönen wie verächtlichen Absichten: Ihr prekäres, elendes Dasein soll vor denen, die den eigenen Wohlstand ungestört genießen wollen, verborgen werden. Und sie sollen so nachhaltig gedemütigt, entmutigt und verängstigt werden, dass sie nicht doch irgendwann ausbrechen und sich

**Wärs Du nicht reich,
wär ich nicht arm“**

Bert Brecht

holen, was ihnen eigentlich zusteht. Wie sieht die Kehrseite dieser erbärmlichen Wirklichkeit aus? Die Dreistigkeit, mit der sich das Anhäufen von Vermögen im Überfluss in den begüterten und begünstigten gesellschaftlichen Kreisen zum Trendsport entwickelt hat, kennt keine Grenzen von Moral und Anstand, geschweige denn von sozialer Verantwortung. Der gesellschaftlich produzierte Reichtum wird immer schamloser und selbstverständlicher privatisiert – nicht nur von den schon sprichwörtlich gierigen Vorständen der Deutschen Bank und anderer Konzerne, sondern – jede Einschränkung wäre verharmlosend – von nahezu allen, die irgendwie und irgendwo entsprechende Möglichkeiten haben: Manager aller Branchen, Vorstände von Krankenversicherungen – auf Kosten der Versicherten – und anderen öffentlichen und sozialen Institutionen, leitende Angestellte von Ämtern und Behörden. Viele PolitikerInnen scheffeln so viel an Honoraren und Vergünstigungen durch korrupte Nähe zum Lobbyistenheer,

wie nur möglich. Ein großer Teil der Ärzteschaft hat seinen Hippokratischen Eid längst dem Gott Mammon geopfert.

Und wie sieht es z.B. in Mönchengladbach und seinem Umfeld aus? Das soziale Desaster dieser Stadt lässt sich mit Worten kaum noch beschreiben. Und es erhält immer neue, die Ausgegrenzten verhöhnende Pointen: Konsumtempel wie das Minto, gefeierte Wohnbauprojekte wie Roermonder Höfe und City-Ost und demnächst Maria-Hilf-Quartier und andere, über die Stadt verteilt – Lebensraum auch für Arme, Arbeitslose, in prekären Verhältnissen lebende Menschen? Haben die PlanerInnen wenigstens den einen oder anderen Gedanken an sie verschwendet? Nein, in Mönchengladbach nehmen Politik und Verwaltung das Thema Gentrifizierung wirklich ernst: Raus aus den Zentren des Wohlstands mit dem sozialen Ausschuss, die gefüllte Geldbörse ist der Zugangscodex für die belobhudelte „wachsende Stadt“. Weil die existenzielle Not, der Hunger, das sichtbare Elend den Begüterten nicht zuzumuten sind, muss auch das Arbeitslosenzentrum irgendwo an den



Rand geschoben werden. Und wie stolz sind die Stadtbetreiber auf die überproportionale Geburtenrate! – Welch ein monströser Stolz ist das, wenn man bedenkt, dass ein Drittel der Neugeborenen schon das Zeichen der existenziellen Hoffnungslosigkeit auf der Stirn trägt! Dieser Bündnisbrief soll dazu beitragen, die Gitterstäbe des prekären Knasts zu durchtrennen oder gleich das ganze ausgrenzende und entwürdigende System aus den Angeln zu heben. Er soll ermutigen aufzubegehren, aufzustehen, aufzubrechen – in eine gerechte Welt.

■ Dr. Günter Rexilius

Kettenreaktion des Verlierens!

Persönliche Erfahrungen des Lebens mit Hartz IV oder anderen Formen des Prekariates



Es ist ein sozialer Abstieg und durch ihn verlor ich den Bezug zur Gesellschaft. Ich verlor Freunde und letztlich auch die Wohnung. Da kam ich in Berührung mit Drogen. Lange drei Jahre dauerte es, bis ich wieder eine neue Wohnung fand. Ich hatte nur das Glück, dass ich in dieser Zeit wieder bei meinen Eltern wohnen und leben durfte. Was mir jetzt hilft, sind Orte wie der TaK, wo ich mich angenommen fühle.

Frau A.



Ich lebe mit Hartz IV seit 12 Jahren und bin 63 Jahre alt. Auch aus eigener Schuld bin ich nach 22 Jahren Ehe aus der gemeinsamen Wohnung geflogen. Hartz IV hat geklappt, ich hätte aber auch obdachlos werden können. Denn ohne Wohnung gibt es kein Hartz IV und ohne Einkommen (= Hartz IV) gibt es keine Wohnung. Erst durch eine Mietbescheinigung des Vermieters bekam ich Hartz IV. Wenn jemand nach meinem Beruf fragt und ich antworte: „Rentner“ (demnächst evt. Grundsicherung), stört das fast niemanden. Antworte ich mit Hartz IV klingt das negativ, wie fauler Hund, Schmarotzer, liegt der Stadt auf der Tasche. Man wird stigmatisiert, ein Stempel wird aufgedrückt.

Ich komme mit Hartz IV über die Runden, aber Auto und Reisen kann man vergessen.

Horst Zimmermann



Das Schlimmste war für mich sozusagen von heute auf morgen große Einschränkungen in Kauf nehmen zu müssen. Ich liebe Musik, habe früher in einer Band gespielt und gehe gerne in Konzerte. Nun ist es nicht mehr möglich. Mit der Grundsicherung reicht es nicht für kulturelle Teilhabe in der Gesellschaft. Es ist ein „erbärmliches“ Leben! Man muss immer rechnen, ob es reicht. Früher saß ich manchmal im „Tchibo“ mit einer Tasse Kaffee ... das geht nicht mehr! Meiner Meinung nach müsste Hartz IV etwa 100 Euro höher sein, das würde schon viel entschärfen. Es gibt recht viele „Anlaufstellen“ in Mönchengladbach, auch das AZ (Arbeitslosenzentrum) oder die Tafel. Doch dahin zu gehen kostet Überwindung. Ich bin ein Typ, der nie abhängig sein wollte und ich versuche auch jetzt, möglichst eigenständig zu bleiben. Zum Glück habe ich über die Vermittlung der Diakonie eine Wohnung bekommen. Eigentlich ist diese für betreutes Wohnen gedacht, doch das brauche ich nicht. Was mir hilft, mit der vielen „freien“ Zeit konstruktiv umzugehen, neben meiner Jobsuche, ist meine Leidenschaft zu lesen. Ich gehe oft in die Bibliothek, lese dort, leihe mir Bücher aus und treffe „neue“ Bekannte, denn durch das Herausgerissen worden sein aus dem Arbeitsplatz gingen viele Beziehungen verloren. Unterwegs bin ich immer zu Fuß, ein Fahrrad wäre eine große Hilfe!

Peter



Eines Tages, als ich mit meinem Fahrrad unterwegs gewesen war und wieder vor mein Haus kam, war es verriegelt. Ich hatte keinen Zugang mehr. Wegen Einsturzgefahr darf ich es nicht mehr betreten. Ab und zu gehe ich bei meinem Haus vorbei und hole mir meine Post ab. So lebe ich nun mit Bekannten im Wohnwagen in einem Waldstück, habe auf meinem Fahrrad alles dabei, was ich zum Leben brauche und bin glücklich ich der Natur. Ich habe viele Hobbys, vor allem beschäftige ich mich mit Bienen, denn wenn sie aussterben, stirbt auch der Mensch aus! Ich lebe von meiner monatlichen Rente von 180 Euro.

Anonym



Der Umzug in eine neue Stadt verschärfte meine ganze Situation noch. Ich fiel in ein tiefes Loch, denn alles Bekannte war nicht mehr da: die Beziehungen, die Freunde, die bekannte Umgebung und die Möglichkeiten dort, Nachbarn, Einkaufsorte etc. Alleinsein ist für mich schwierig, ich lebe von sozialen Kontakten. So gehe ich ganz bewusst aus meiner Wohnung hinaus an belebte Orte und Treffpunkte. Es war ein schönes Erlebnis für mich, als mich mal im Bus eine Frau ansprach, ob ich nicht zum Reha-Verein kommen wollte. Da gäbe es für 2,50 Euro ein Mittagessen und die Möglichkeit neue Kontakte zu knüpfen oder Spiele zu machen.

Petra

Befreiung aus der Unterdrückung als Grundsatzprogramm

Warum die Kirche sich auf die Seite prekariisierter Arbeitnehmer_innen und Erwerbsloser stellen muss

Seit die Agenda 2010 in der Bundesrepublik als ein großes Projekt des neoliberalen Umbaus von Beschäftigungsverhältnissen und des Sozialsystems eingeführt wurde, ist die Zahl derer, die in prekären Arbeitsverhältnissen sind, deutlich gestiegen.

Dazu zählen befristete Verträge, ein Boom von Leiharbeitsfirmen, die Zunahme von Werkverträgen und zunehmender Druck zur Flexibilisierung und höheren Mobilität.¹ Hinzu kommt, dass sich Betriebsräte immer weniger aktiv einbringen (können) und gewerkschaftliche Organisation durch Individualisierungsprozesse erschwert wird. So gelingt es immer schlechter, Arbeitskämpfe zu führen und Solidarität zu organisieren. Zwar ist die Zahl der Erwerbslosen seit 2005 zurückgegangen,² dies liegt jedoch an der Zunahme der prekären Arbeitsplätze: Viele Menschen arbeiten, verdienen aber so wenig Geld, dass sie davon nicht leben können. Gerade ältere Menschen sind häufig nicht mehr in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen, was eine Zunahme der Altersarmut mit sich bringt.

Hinzu kommt, dass die soziale Schere durch diese Entwicklungen immer weiter auseinander geht: In Deutschland verfügen die reichsten 40 Personen über das gleiche Vermögen wie die ärmere Hälfte der Gesamtbevölkerung, d.h. eine normale Arbeitnehmerin muss 157 Jahre lang arbeiten, um das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Dax-Vorstandes zu erzielen.³ Dies ist eine soziale Spaltung, die die Wirkmächtigkeit des Klassenkampfes von oben bildlich vor Augen führt.

Dementsprechend stellt sich die Frage, wie Christ_innen, jedoch auch die kirchlichen Institutionen angesichts dieser Situation von Prekarisierung und neoliberaler Verwertungs- und Profitlogik agieren können?

In seiner Botschaft an die Teilnehmenden am Weltwirtschaftsforum im Januar 2018 in Davos, prangerte Papst Franziskus mit deutlichen Worten „wachsende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und neue Formen der Sklaverei“⁴ an. Er bringt es auf den Punkt, wenn er sagt:

„Wir können nicht schweigen angesichts der Leiden von Millionen Menschen, deren Würde verletzt ist, noch können wir einfach so weitermachen, als gäbe es für die weitere Verbreitung von Armut und Ungerechtigkeit keinen bestimmten Grund“. Es sei ein Auftrag an uns, die richtigen Bedingungen zu schaffen, damit jeder Mensch in



Die Israeliten sammeln das Manna in der Wüste ein (Hans Holbein (II), 1538)

Würde leben könne.

Franziskus hat somit eine unmissverständliche prophetische Kritik an den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen geübt und grundsätzliche Veränderungen eingefordert. Dies schließt an seine theologische Götzen- und Kapitalismuskritik an, die er unter anderem in seinem Lehr-

schreiben Evangelii Gaudium⁵ formuliert hat.

Aus einer befreiungstheologischen Perspektive besteht die Verpflichtung für Christ_innen und die Kirchen darin, an die biblische Befreiungserzählung des Exodus zu erinnern, in der das Volk Israel aus der Sklaverei in Ägypten ausgebrochen ist, um ein neues Gesellschaftsprojekt von Freien und Gleichen zu realisieren.⁶ Dementsprechend gilt es, Verhältnisse, unter denen Menschen ausgebeutet werden und verarmen, anzuprangern und zu delegitimieren.

Hierzu kann die biblische Erzählung von der Hoffnung auf eine Gesellschaft von Freien und Gleichen eine Inspirations- und Vergewisserungsquelle sein. Sie kann dazu inspirieren, der Alternativlosigkeit und dem „Immer-weiter-so“ des Neoliberalismus – wie er sich ganz konkret in den Auswirkungen der Agenda 2010 zeigt – die Stirn zu bieten und Bedingungen zu schaffen, durch die solidarische Strukturen aufgebaut werden können.⁷

Ein Ansatzpunkt zur Konkretion könnte die von Papst Franziskus angestoßene intensivierte Allianz der katholischen Kirche mit den Sozialen Bewegungen sein, die sich weltweit für radikale Veränderungen von unten einsetzen. Bereits drei Mal gab es seit 2014 größere Treffen dieser politischen Basisbewegungen mit dem Papst, bei denen das Thema von Arbeitsverhältnissen u.a. auf der Tagesordnung stand. Papst

Franziskus machte den Bewegungen deutlich, dass sie als organisierte Arme und von Repression Betroffene diejenigen seien, von denen die Kirche für ihren Einsatz um Weltveränderung zu lernen habe.⁸

Diese Einsicht ist in der Kirche in Deutschland leider noch nicht vernehmbar geworden, auch wenn es bereits erste Ansatzpunkte der Zusammenarbeit von Gemeinden und politischen Bewegungen, wie in der Kirchenasylpraxis, gibt. In Bezug auf prekäre Arbeitsverhältnisse wäre eine Thematisierung dieses gesellschaftlichen Problembereichs in Kirchengemeinden und christlichen Verbänden viel stärker nötig – gerade auch, weil die Kirchen als Arbeitgeberinnen selbst in Neoliberalisierungsprozesse verstrickt sind.

Viel zu schnell werden diese Fragen und deren politische Bearbeitung an professionalisierte Akteur_innen wie Caritas und Diakonie ausgelagert oder Christ_innen verlassen sich auf die politischen Stellungnahmen der amtskirchlichen Hierarchie und drücken sich so um eine eigene Positionierung. Um so mehr sind diejenigen Christ_innen, die die Erzählung der Befreiung ins Zentrum rücken wollen, aufgefordert, die Situation Erwerbsloser und prekär Beschäftigter in den Blick zu nehmen.

Dabei könnten sie laut in der Öffentlichkeit Stellung beziehen, verstärkt Allianzen mit nichtkirchlichen Akteur_innen eingehen und prophetisch Alternativen aufzeigen. Denn in unserer jüdisch-christlichen Tradition geht es um nichts weniger als die Befreiung aus der Sklaverei – oder anders ausgedrückt: das gute Leben in Fülle für alle, jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung. Dorthin gilt es auch heute sich gemeinsam auf den Weg zu machen!

Benedikt Kern

Benedikt Kern ist kath. Theologe, Mitarbeiter am unabhängigen Institut für Theologie und Politik in Münster, das zu befreiungstheologischen Themen an der Schnittstelle von Kirche und Sozialen Bewegungen arbeitet. Er koordiniert und Berät die Kirchenasyle in NRW.

1 Vgl.: Wie junge Menschen heute arbeiten. Essen, 2015. www.caj.de/aktion/prekaere-arbeit

2 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1223/umfrage/arbeitslosenzahl-in-deutschland-jahresdurchschnittswerte/>

3 Vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/davos-weltwirtschaftsforum-oxfam-warnt-vor-steigender-ungleichheit-a-1189067-amp.html?_twitter_impression=true

4 www.vaticannews.va/de/papst/news/2018-01/papst-fordert-kehrwende-in-wirtschaftspolitik.html

5 Apostolisches Schreiben EVANGELII GAUDIUM des Heiligen Vaters Papst Franziskus 24.11.2013.

6 Boer, Dick: Erlösung aus der Sklaverei. Versuch einer biblischen Theologie im Dienst der Befreiung. Münster 2008.

7 Strobel, Katja: Zwischen Selbstbestimmung und Solidarität. Arbeit und Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus aus feministisch-befreiungstheologischer Perspektive. Münster 2012.

8 Vgl. Papst Franziskus: Ansprache vor den Teilnehmern am Welttreffen der Sozialen Bewegungen in der Alten Synodendula, Rom, 28.10.2014. Dt. Übersetzung abrufbar unter: www.itpol.de/?p=1491

Umverteilung – wieso denn?

Wie Neoliberale eigene Statistiken basteln und Vermögensteuern bekämpfen

Ungleichheit in Deutschland? Dieses Thema sei völlig überbewertet und interessiere nur die „Freunde der Umverteilung“ – meint die FAZ. Zu den querulantisches Umverteilungsfreunden zählt die Zeitung auch den französischen Ökonomen Thomas Piketty, der im Dezember neue Zahlen dazu veröffentlicht hat, wie sich die Ungleichheit bei den Einkommen weltweit entwickelt hat.

Für Deutschland kam heraus, dass die reichsten zehn Prozent 40 Prozent des Volkseinkommens abräumen. Für die unteren 50 Prozent der Bevölkerung bleibt da nur wenig übrig. Sie kommen auf ganze 17 Prozent des Volkseinkommens. Das ist eine extreme Einbuße: Vor fünfzig Jahren ging noch ein Drittel aller Einkünfte an die untere Hälfte der Bundesbürger. Die FAZ kann die Aufregung über diesen Abstieg der ärmeren Hälfte nicht verstehen: „Seit 2005 (...) stagniert die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit. Sie liegt immer noch deutlich höher als 1980, doch offenbar wurde vor ungefähr zwölf Jahren ein Mittel gefunden, das den weiteren Anstieg zumindest gestoppt hat. War das Gerhard Schröders Agenda 2010 mit den Hartz-Gesetzen? Darüber wäre zu diskutieren. Kein Wunder, dass Freunde der Umverteilung diesen Trendbruch gerne verschweigen.“ Von einer Trendwende träumt nicht nur die FAZ. Das Jahr 2005 ist längst zum Fetisch aller neoliberalen Politiker und Ökonomen aufgestiegen. Auch ifo-Chef Clemens Fuest betont gern, dass genau in diesem Jahr eine Trendumkehr zu beobachten sei: Von 1995 bis 2005 sei die Ungleichheit zwar gestiegen – aber „seit 2005 ist die Einkommensungleichheit ungefähr konstant.“

Ähnlich formulierten es die „Fünf Weisen“ in ihrem jüngsten Jahresgutachten: „Die Ungleichheit der Nettoeinkommen ist seit dem Jahr 2005 weitgehend stabil geblieben. (...) Dass dennoch ein immer intensiverer Ungleichheitsdiskurs geführt wurde, dürfte ein Auseinanderklaffen von Wahrnehmung und statistischer Faktenlage widerspiegeln.“ Wer die Ungleichheit kritisiert, hat also einen Sprung in der Linse und kann die heile deutsche Welt nicht sehen.

Nur neoliberale Ökonomen können auf eine derart seltsame Logik verfallen: Für sie ist Ungleichheit nur ein Problem, wenn sie zunimmt. Sobald der Anstieg stagniert, ist alles bestens – selbst wenn der Unterschied zwischen Arm und Reich extrem hoch ist. Zudem stimmt es nicht, dass die Ungleichheit ab 2005 stabil blieb. Einer der Fünf Weisen ist der Keynesianer Peter Bofinger, der seine vier neoliberalen Kollegen quält, indem er fast jedes Kapitel des Jahresgutachtens durch „eine andere Meinung“ ergänzt. Bofinger weist darauf hin, dass die Einkommen der Oberschicht zwischen 2005 und 2014 prozentual

etwa doppelt so stark gestiegen sind wie die Einkünfte der Unterschicht.

Vor allem aber vergleichen die neoliberalen Ökonomen Äpfel mit Birnen. Im Jahr 2005, man erinnert sich, waren viele Menschen arbeitslos. Jetzt herrscht fast Vollbeschäftigung. Die Ungleichheit müsste also abnehmen – weil Arbeitslose einen Job gefunden haben und Geld verdienen. Es ist daher ein Alarmzeichen, wenn im Boom die Ungleichheit nicht sinkt.

Es ist in Wahrheit genau anders herum, als die FAZ vermutet: Die Agenda 2010 hat nicht nur die Ungleichheit vor 2005 verschärft – dieses politische Lohndumping sorgt jetzt dafür, dass sogar in der Hochkonjunktur die Ungleichheit nicht abnimmt, sondern tendenziell weiter steigt.

Ist die Ungleichheit bei den Einkommen schon extrem, so ist es beim Besitz noch schlimmer. Genaue Daten zum Vermögen fehlen für Deutschland, weil es nur freiwillige Haushaltsbefragungen gibt – an denen die Superreichen nicht teilnehmen. Aber Schätzungen gehen davon aus, dass das reichste eine Prozent bereits 32 Prozent des Volksvermögens besitzt. Das reichste Tausendstel, also die obersten 0,1 Prozent, kommt allein schon auf 16 Prozent aller Besitztümer. Für die untere Hälfte bleibt hingegen nichts. Die ärmeren 50 Prozent haben gar kein Vermögen – sondern höchstens Schulden.

Deutschland ist eine unfaire Klassengesellschaft, weswegen immer wieder diskutiert wird, eine Vermögensteuer einzuführen. Die gängigen Modelle sehen stets ähnlich aus: Eine Vermögensteuer würde nur anfallen, wenn ein Single mehr als eine Million Euro besitzt – nach Abzug aller Schulden.

Bei einem Ehepaar wären es zwei Millionen. Für Betriebe gäbe es ein Schonvermögen von fünf Millionen. Konsequenz: Die Steuer würde vor allem vom reichsten Tausendstel getragen – also von jenen wenigen Personen, die gemeinsam bereits 16 Prozent des Volksvermögens besitzen. Die meisten Modelle rechnen mit einem Steuersatz von einem Prozent, was im Jahr etwa 18 Milliarden Euro bringen würde. So weit, so klar. Das Lohndumping der Agenda 2010 sorgt dafür, dass sogar in der Hochkonjunktur die Ungleichheit nicht abnimmt

Doch im Dezember wartete plötzlich eine ifo-Studie mit erstaunlichen Behauptungen auf: In Wahrheit würde eine Vermögensteuer gar kein Geld einspielen – sondern horrenden Kosten einfahren! Die Steuerverluste würden sich auf 30 Milliarden Euro summieren.

Auszug aus dem letzten Bericht von Oxfam zur weltweiten Vermögensverteilung.

Die 40 reichsten Deutschen allein verfügen über ebenso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der hiesigen Bevölkerung.

Ungleichland Deutschland

Trotz brummender Wirtschaft ist Ungleichheit auch hierzulande ein Problem: Bei der Vermögensverteilung weist Deutschland nach Litauen die zweithöchste Ungleichheit innerhalb der Eurozone auf.

Auch hier zeigt sich deutlich eine zunehmende Konzentration an der Spitze: Das Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung wuchs zwischen 2016 und 2017 um 22 Prozent, das der ärmeren Hälfte hingegen um nur 3 Prozent. Ähnlich sieht es bei den Einkommen aus: Die verfügbaren Einkommen der unteren 40 Prozent sind in absoluten Zahlen seit Anfang der 2000er-Jahre deutlich gesunken, während die Einkommen der oberen zehn Prozent überdurchschnittlich zulegten.

Um das Jahreseinkommen eines Vorstandsvorsitzenden eines DAX-Konzerns zu verdienen, müsste eine durchschnittliche Arbeitnehmerin/ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in Deutschland 157 Jahre arbeiten.

Begründung: Mit einer Vermögensteuer würden die Renditen von Anlageobjekten sinken und sich Investitionen nicht mehr lohnen. Also würde das Wachstum schrumpfen und die Arbeitslosigkeit steigen – futsch wären die Steuermilliarden.

Diese angebliche Kausalkette klingt vertraut, wird sie doch bei jeder Steuererhöhung für die Reichen vorgebracht. Eine Behauptung wird aber nicht wahrer, indem man sie permanent wiederholt. Die Neoliberalen begehen einen Denkfehler, über den sich der US-Multimilliardär Warren Buffett seit Jahren lustig macht: „Leute investieren, um Profit zu machen. Bisher habe ich noch niemanden gesehen, der eine sinnvolle

Investition unterlässt, weil er hinterher auf den Gewinn Steuern zahlen muss.“ Aber Argumente zählen nicht. Die nächste ifo-Studie ist bestimmt wieder erstaunlich.

Ulrike Herrmann

Ulrike Herrmann ist Wirtschaftskorrespondentin der taz. In ihrem Buch „Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht“ (Piper 2012) hat sie sich ausführlich mit der Ungleichheit in Deutschland beschäftigt.

Die Agenda 2010 hat nicht nur die Ungleichheit vor 2005 verschärft – dieses politische Lohndumping sorgt jetzt dafür, dass sogar in der Hochkonjunktur die Ungleichheit nicht abnimmt, sondern tendenziell weiter steigt.

Ohne Strom



und du sitzt im Abseits

Strom aus – und nichts geht mehr. „Energiearmut ist und bleibt ein ernstes Thema“, sagt Johannes Thema. Der Fachmann arbeitet im Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie. Und er sagt auch: „Eine Strom- und Gassperre ist für die Energieversorger nur die Ultima Ratio, doch für betroffene Familien, etwa mit Kleinkindern, ist das ein absolutes Desaster.“

Energiearmut beginne aber nicht erst, wenn es zu Strom- oder Gasabschaltungen gekommen sei, immerhin hätten die Versorger 2016 rund 6,6 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik Stromsperrungen bereits angedroht. Trotzdem kam es dann im selben Jahr noch bundesweit zu mehr als 328 000 Strom-Stilllegungen, berichtet die Bundesnetz-Agentur. Das waren im Vergleich und trotz stetig steigender Verbraucherpreise rund 31 000 weniger als 2015.

In unserer Region berichten die Lieferanten von „nahezu“ unveränderten Zahlen beim Stromabschalten.

In Krefeld, so die dortige SWK, sind jährlich knapp 3000 Stromzähler „ohne Saft“. Der Aachener Versorger Stawag spricht von 2000, das wären 0,9 Prozent der gesamten Kundschaft. Der Gladbacher Großversorger NEW nennt 3802 Sperrungen in 2016, 2015: 4066. Im ersten Halbjahr 2017 waren es immerhin schon 1761.

Wenn Erika B. auf den Lichtschalter drückt, bleibt es dunkel. Der Kühlschrank ist für die 63-Jährige unbrauchbar, weil er nicht kühlt. Fürs Kochen nutzt die Verkäuferin einen mit Gas betriebenen Kocher. Im Bad muss sie Kerzen anzünden, um etwas zu sehen. Eine TV-Sendung anschauen – geht nicht. Am Laptop arbeiten – keine Chance. Seit die NEW gegen Erika B. eine Versorgungssperre ver-

hängt hat, ist sie ohne Strom. Und verzweifelt. „Dann sitze ich im Dunkeln und frage mich, womit ich das verdient habe“, sagt sie. Ein Einzelfall ist sie nicht. Wie so viele klagt sie über „unbezahlbar gewordene Mieten“ und „explodierende Nebenkosten“. Bei ihrem bescheidenen Einkommen als Verkäuferin könne man schnell in den Minusstrudel geraten. Will sagen: Irgendwann packen dich die roten Zahlen auf deinem Konto. Erika B. habe, so betont sie mehrfach, beim Stromverbrauch nicht geast. Im Gegenteil, sie habe versucht, Energie zu sparen. Dass in ihrem Fall ein falscher Zähler nach einem Umzug ausschlaggebend für die hohen Energiekosten und die folgende Sperre war, sei der Sachlichkeit wegen erwähnt. Erika B. steht jetzt nicht mehr „unter Strom“, weil sie wieder Strom hat.

Dann sitze ich im Dunkeln und frage mich, womit ich das verdient habe.

Der Caritas-Verband hat – wundert das Resümee – in einer Studie Anfang 2017 festgestellt, dass vor allem verschuldete Menschen, Personen in prekären Situationen, Alleinerziehende und ältere Menschen (Altersarmut) von Stromsperrungen betroffen sind. Karl Sasserath (Gladbacher Arbeitslosenzentrum) kritisiert, dass beispielsweise die Sätze im Bereich der Grundsicherung für Wohnen, Energie und Instandhaltung „seit Jahren viel zu niedrig sind“. So erhält ein Alleinlebender monatlich 35,11 Euro für den Alltagsstrom. Fachleute wie Sasserath werten diesen Umstand als gesellschaftspolitischen Skandal. Bist du einmal in diesem Teufelskreis, ist es schwierig, da raus zu kommen. Denn andauernde Energiearmut mache krank. Längst seien nicht nur Hartz-IV-Empfänger von Stromsperrungen betroffen, sondern auch viele Menschen aus der so genannten Mittelschicht.

Zwar können die Jobcenter Darlehen gewähren, wenn wegen hoher, unbeglichener Ener-

gieschulden die Abschaltung droht. Doch hier sei das Gladbacher Jobcenter „besonders restriktiv“, berichtet ein nierenkranker Hartz-IV-Bezieher. Man habe seine Bitte strikt abgelehnt, die Einmalhilfe per Ratenzahlung abzustottern. Jobcenter sollen solche Überbrückungen gewähren, wenn keine grobe Fahrlässigkeit (Beispiel: extrem hohe Verbräuche) vorliegt.

Mitunter sind es die berühmten Kleinigkeiten, die Stromfresser erblassen lassen, weiß Stefan Heier von der Aktion Stromsparghelfer. Der Mitarbeiter des Gladbacher Volksvereins kommt mit Messgeräten, sehr praktischen Ratschlägen und zeigt seinen Kunden, wo weniger mehr ist. Das Programm Stromsparghelfer wurde gemeinsam von Kommunen und Bund initiiert.

Das Land NRW hat die Initiative „NRW bekämpft Energiearmut“ aufgelegt. Und dies mit Erfolg, urteilt Ursula Winbeck von der Verbraucherzentrale Mönchengladbach an der Bahnhofstraße 21. Am gemeinsamen Tisch werden Betroffene wie Ratsuchende im Gespräch mit Verbraucherschützern und Energieversorgern (sie tragen einen Teil der Kosten) informiert und beraten. „In zahlreichen Fällen“ habe man so eine Sperre aufheben bzw. vermeiden können. Auch Sasserath lobt dieses Angebot, weil es sehr praxisorientiert sei.

Dass Stromlieferanten die missliche Lage tausender klammer Kunden kaltschnäuzig ausnutzen, zeigt dieses Beispiel: Bei einer Umfrage fand die Verbraucherzentrale heraus, dass die „Lekker Energie“, eine Tochter des Krefelder Versorgungsbetriebs SWK, in Heinsberg für das Sperren und Entsperren bzw. für Mahngebühren sage und schreibe 92,50 Euro kassiert. Keine Wucherpreise nimmt man dagegen in Kleve: Hier waren es für die vergleichbar gleiche Leistung 12,50 Euro.

Herbert Baumann

kurz gesagt:



Der Draht zum Bündnisrat

Franz-Josef Breuer
breuerfj@hotmail.com
Hartmut Wellssow 02161/66 65 24
hwellssow.cbartrina@t-online.de
Heinz Backes 0241/45 24 75
heinz.backes@bistum-aachen.de
Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de
Alex Micha 02161/58 13 99
Robert Manstetten 0241/132 05
r-d@manstetten.com
Renate Müller
renate.mueller.strauch@web.de
Herbert Baumann
herbertbaumann5@t-online.de
Günter Rexilius
guenter.rexilius@t-online.de

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
Wolfgang Fels
Tel. 02161/948 90 83
Kirchplatz 11
41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
buero@menschenwuerde-und-arbeit.de



Spendenmöglichkeit:
Förderverein Stiftung Volksverein
Mönchengladbach e.V.
DE33 310 500 000 003 180 825
Verwendung: BMA

Redaktion: Wolfgang Fels
Grafik, Illustrationen:
Christian Bauer,
www.studiofuergestaltung.net

Auflage 1500

Druck: TIAMAT Düsseldorf
100% Recyclingpapier



Mo 9. April 2018, 19 h

Rentenpolitischer Impuls 2018

Brandts Kapelle

Rudolfstr. 5

41068 Mönchengladbach

Gute Rente statt Altersarmut. Worauf es ankommt!

Das Bündnis für Menschenwürde und Arbeit und die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) Diözesanverband Aachen laden herzlich ein.

Die Ergebnisse der **Klagemauerumfrage** des Bündnisses für Menschenwürde und Arbeit, der KAB Kampagne **Sie-Planen-Deine-Altersarmut** und der Kaffeetassenaktion **Keine Halben Tassen – KABuccino für alle** werden vorgestellt sowie Ideen und praktikable Vorschläge für eine gute Rente statt Altersarmut dargelegt. Teilnehmen werden auch **BundespolitikerInnen** aus unsrer Region von CDU, SPD, Grünen und die Linke.

Kontakt: Günter Weber
KAB Zentrum Krefeld
Spinnereistr. 28, 47805 Krefeld

Tel.: 021 51/31 55 28
guenter.weber@kab-aachen.de

IST DAS ALLES?



WWW.SIE-PLANEN-DEINE-ALTERSARMUT.DE

HAB ICH NICHT VERDIENT!



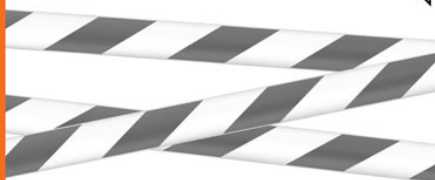
WWW.SIE-PLANEN-DEINE-ALTERSARMUT.DE

MANN, EY!

634 € 1056 €

WWW.SIE-PLANEN-DEINE-ALTERSARMUT.DE

42 PROZENT :'(



WWW.SIE-PLANEN-DEINE-ALTERSARMUT.DE